

RECHT

KURZ und KNAPP

BETRETEN DER RÄUME ERLAUBT

Am 22. Juli 2009 traten Korrekturen des föderalen Gesetzes „Über die Gerichtsvollzieher“ in Kraft. Gerichtsvollzieher erhalten damit zusätzliche Befugnisse. Sollte nun ein Gericht von ihnen verlangen, eine bestimmte Person zu finden und abzuholen, darf der Gerichtsvollzieher die Wohnung des Gesuchten betreten, um ihn festzusetzen und zwangsweise abzuführen. Bislang waren ausschließlich Milizbeamte mit derartigen Befugnissen ausgestattet. Die Gerichtsvollzieher dürfen die Wohnung nur dann betreten, wenn ausreichend Grund zu der Annahme besteht, dass sich die gesuchte Person dort aufhält.

ANHEBUNG IM STEUERRECHT

Bereits zum zweiten Mal wird in Russland der steuerliche Rahmen für den Abzug von Zinsen angepasst. Seit dem 1. August 2009 wird die Höchstgrenze für Zinsen auf Darlehen nunmehr auf das Zweifache des Leitzinssatzes der russischen Zentralbank („Refinanzierungssatz“) angehoben. Aktuell liegt der Leitzinssatz in Russland bei 10,75 Prozent, so dass Darlehenszinsen von bis zu 21,5 Prozent steuerlich wirksam sind.

HANDEL AUF NEUER BASIS

Der Handel in Russland soll auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt werden. Hierzu hat die Regierung Mitte Juni 2009 einen Gesetzentwurf in die Staatsduma eingebracht. Der Gesetzentwurf regelt zum einen die Organisation und Ausübung der Handelstätigkeit sowie die Aufsicht über den Handel durch Staats- und Kommunalbehörden. Zum anderen sieht er zivilrechtliche Vorschriften über die im Laufe der Handelstätigkeit entstehenden Verhältnisse zwischen den Wirtschaftsteilnehmern vor. Derzeit befindet sich der Entwurf in der ersten Lesung. Ende des Jahres könnte das Gesetz verabschiedet werden und dann am 1. Januar 2010 in Kraft treten.

STABILITÄT FÜR GESCHÄFTE

Am 21. Oktober 2009 treten neue Regeln zur Anfechtung von Großgeschäften und Geschäften mit nahestehenden Personen sowie von sonstigen Beschlüssen der Aktionärs- oder Gesellschafterversammlungen beziehungsweise weiterer Gremien in Kraft. Damit soll der Geschäftsverkehr stabilisiert werden. Die Anfechtungsfrist in Bezug auf Großgeschäfte und Geschäfte mit Interessiertheit ist nicht mehr wieder einsetzbar. Die Frist beginnt, nachdem der Anfechtungsberechtigte von dem Anfechtungsgrund erfahren hat, beziehungsweise hätte erfahren müssen. In dieser Hinsicht besteht weiter eine gewisse Unsicherheit.

Dieser Infodienst wird unterstützt von:

Rödl & Partner

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte

Elektrosawodskaja Uliza 27,
Gebäude 2, 107023 Moskau
Tel.: +7 495 933 51 20 / 20 55
www.roedl.ru

Jungbrunnen für Tanker

Die russische Regierung pumpt Milliarden in die marode Schiffsindustrie

Ob Transport- oder Fischerboote, ob Kriegsschiffe oder Bohrinsel – Russland braucht in den kommenden zehn Jahren Tausende Wasserfahrzeuge. Dank kräftiger Finanzspritzen der Regierung soll die russische Schiffbauindustrie fit gemacht werden. Zwischen 2009 und 2016 werden über drei Milliarden Euro fließen. Moderne Flüssiggastanker und Eisbrecher sollen bei der Erkundung neuer Erdgas-Lagerstätten in der Arktis und am Stockmann-Gasfeld helfen.

Von Bernd Hones (gtai)

Eine grundlegende Erneuerung hat die russische Fischfangflotte bitter nötig. Nach Angaben der Fischfangbehörde Rosrybolowsto sind 70 Prozent aller Fischerboote verschlissen. Die Folge: Wegen der schlechten Ausrüstung sind die Selbstkosten russischer Meeresprodukte um ein Viertel höher als die der ausländischen Konkurrenz. Allein im Fernen Osten Russlands sollen deshalb bis zum Jahr 2020 rund 560 neue Fischfangboote eingesetzt werden, sagte der Leiter der Fischfangbehörde, Andrej Krainij, Mitte Mai. Das würde die Fischfangflotte verjüngen und soll zudem die russischen Schiffbauunternehmen unterstützen. Die ersten Schiffe liegen bereits im Dock.

Fischfanggesellschaften dürften nicht die einzigen Auftraggeber für russische Reedereien sein. Trotz Wirtschaftskrise gibt es eine Reihe von angekündigten Projekten. Der Seehandelshafen Noworosijsk will 25 Millionen Euro für neue Schleppschiffe ausgeben und damit den eigenen Schiffsparc aufrüsten. Der erste von vier neuen Schleppern für sechs Millionen Euro soll noch 2009 ausgeliefert werden. Die Admiralitäts-Werft hat einen Auftrag aus Vietnam zum Bau von sechs U-Booten im Wert von 1,3 Milliarden Euro erhalten. Und die Universal Cargo Logistics Holding will von 2009 bis 2010 rund 10,6 Millionen Euro in die Renovierung des Schiffbau- und Reparaturwerkes in Nischnij Nowgorod investieren.

Doch die immensen Probleme der russischen Werftindustrie können diese Vorzeigeprojekte



Die russische Flotte hat eine Generalüberholung bitter nötig.

nicht verdecken. Die Kapazitäten und Ausrüstungen der Schiffbauunternehmen reichen längst nicht aus, um die Nachfrage nach modernen Schiffen zu befriedigen. Abhilfe soll das „Programm zur Entwicklung der zivilen Schifffahrt“ schaffen. Der russische Staat tritt damit mehr denn je als Unterstützer der Werftindustrie auf den Plan. Es ist der politischen Führung ein Dorn im Auge, dass im Jahr 2008 nur acht Prozent aller russischen Bestellungen von Schiffen an einheimische Werften gingen. Zum Vergleich: 2007 waren es sechs Prozent und 2005 sogar nur fünf Prozent.

Von 2009 bis 2016 sollen über drei Milliarden Euro in die Entwicklung des zivilen Schiffbaus fließen. Für 2009 sind aus dem föderalen Haushalt 230 Millionen Euro an Subventionen geplant. Außerdem ist das Verteidigungsministerium nach wie vor der wichtigste Auftraggeber für russische Werften.

Wie schützend die Regierung

ihre Hand über den Industriezweig hält, zeigt sich im Umgang mit dem finanziell angeschlagenen Amurer Schiffbauwerk. Die Vereinigte Schiffbauholding OSK hat im Mai 2009 einen Kredit über 280 Millionen Euro zur Sanierung der angeschlagenen Tochter Amurskij sudostroitelny Sawod bekommen. Diese Werft ist mit rund 770 Millionen Euro verschuldet. Die Misere des Atom-U-Bootbauers hält russischen Zeitungsberichten zufolge bereits seit den 1990er-Jahren an. Bedingung für den Sberbank-Kredit waren weitere Anteile für den Staat. Mittlerweile befinden sich 77 Prozent des U-Bootherstellers in öffentlicher Hand. Auch andere Werften kämpfen in Zeiten der Krise um jeden Auftrag. Beim Schiffbauer OAO Okskaja Sudowwerf aus dem Gebiet Nischnij Nowgorod spitzt sich die Krise zu. Nachdem das Unternehmen für 2009 keinen Auftrag vom Verteidigungsministerium zum Bau von Brückenschiffen erhalten hat,

wurde in dem Werk Kurzarbeit eingeführt.

Die Hoffnung der Unternehmen richtet sich vor allem auf den Transport von Flüssiggas. Die OPK, Vereinigte Industrie-Gesellschaft, arbeitet bei der Modernisierung ihrer beiden Schiffbauunternehmen Sewernaja Werft und Baltijskij Sawod mit drei japanischen Konzernen zusammen. In den beiden Anlagen sollen künftig moderne Gastanker und gewaltige Eisbrecher gebaut werden. Dahinter steckt die Berechnung, dass Gasprom und andere Gasförderer künftig einen großen Bedarf an Spezialtankern zum Transport von Flüssiggas aus dem Stockmann-Feld und aus dem Arktis-Schelf haben werden.

Auf die gleiche Strategie setzt die Gesellschaft Summa Kapital. Am Finnischen Meerbusen plant die Gesellschaft eine über 700 Millionen Euro teure Anlage. Eine ähnlich große und moderne Werft gibt es in ganz Russland bislang nicht.

Praxiswissen Russlandgeschäft

Zusammensetzung der Personalkosten in Russland

Auch in Russland ist Brutto nicht gleich Netto. Schuld sind die Lohnnebenkosten. An dieser Stelle erfahren Sie, auf was Sie bei der Kalkulation der Personalkosten in Russland achten müssen.

Die Einkommenssteuer (подходный налог) beträgt in Russland pauschal 13 Prozent für sogenannte Residenten und 30 Prozent für Nichtresidenten. Resident ist jeder, der seinen ständigen Wohnsitz in Russland hat oder sich nachweislich mehr als 183 Tage pro Jahr in Russland aufhält. Um dies dem russischen Finanzamt nachzuweisen, genügt eine Kopie des Reisepasses einschließlich der Seiten mit den Ein- und Ausreisestempeln.

Die Lohnnebenkosten in Russland trägt vollständig der Arbeitgeber. Sie setzen sich aus der „Einheitlichen Sozialsteuer“ (единый социальный налог) und der Betriebsunfallversicherung (страхование от несчастных случаев) zusammen.

Die „Einheitliche Sozialsteuer“ ist degressiv und liegt je nach Einkommenshöhe zwischen zwei und 26 Prozent des Bruttogehalts des Mitarbeiters. Sie ist monatlich bis spätestens zum 15. des Folgemonats anteilig an den Föderationshaushalt, den Pensionsfonds und an die Sozial- und Krankenversicherungsanstalten zu zahlen. Die Berichte über die Berechnung der Einheitlichen Sozialsteuer müssen Sie quartalsweise erstellen und bis

zum 15. des folgenden Monats bei den zuständigen Behörden einreichen.

Für alle Arbeitnehmer muss das Unternehmen neben der Sozialversicherung auch eine Betriebsunfallversicherung zahlen. Die Beitragssätze liegen zwischen 0,2 und 8,5 Prozent.

Ein vereinfachtes Beispiel: Sie stellen einen Mitarbeiter in Russland ein und zahlen ihm ein Nettogehalt von 150.000 Rubel pro Monat. Einkommenssteuer (13 Prozent): 19.500 Rubel; Bruttogehalt: 169.500 Rubel; Einheitliche Sozialsteuer (26 Prozent): 44.070 Rubel; Betriebsunfallversicherung (0,2 Prozent): 339 Rubel; Personalkosten für den Mitarbeiter insgesamt: 213.909 Rubel.



Von Philipp Rowe
RUFIL CONSULTING
Tel.: +7 (495) 233 01 25
www.rufil-consulting.com